

Presseinformation



Es gilt das gesprochene Wort!

TOP 36 – Perspektiven für den wissenschaftlichen Nachwuchs

Dazu sagt der hochschulpolitische Sprecher der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen,

Rasmus Andresen:

**Landtagsfraktion
Schleswig-Holstein**

Pressesprecherin
Claudia Jacob

Landeshaus
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Telefon: 0431 / 988 - 1503
Fax: 0431 / 988 - 1501
Mobil: 0172 / 541 83 53

presse@gruene.ltsh.de
www.sh.gruene-fraktion.de

Nr. 051.12 / 27.01.2012

Berufliche Perspektive für kluge junge Menschen

In Schleswig-Holstein gehen bis 2025 über 1000 Wissenschaftler_innen in den Ruhestand. Hinzu kommt, dass Schleswig-Holstein in einem bundesweiten Wettbewerb um Wissenschaftler_innen steht. Und die Voraussetzungen sind schlecht: Schleswig-Holstein ist für Wissenschaftler_innen zu unattraktiv. So sind wir bei der Professorenbesoldung beispielsweise unterdurchschnittlich. Wissenschaftler_innen sind systemrelevant. Wir müssen deshalb den Wissenschaftsstandort auf unterschiedliche Weise attraktiver machen.

Als Grüne Landtagsfraktion haben wir letztes Jahr eine Veranstaltung zur Perspektive von Nachwuchswissenschaftler_innen durchgeführt. Die Nachwuchswissenschaftlerin Dr. Anna Südkamp von der Christian-Albrechts-Universität hat damals deutlich gemacht, wie schwer es für sie und ihre Kolleg_innen ist, eine Laufbahn in der Wissenschaft zu bestreiten. Trotz guter Abschlussnoten ist es für sie schwer gewesen, überhaupt eine Promotionsstelle zu erhalten.

Sie beschrieb wie schwer es für Sie war, an der Hochschule zu promovieren und nebenbei ihr Leben zu finanzieren. Auch nach der Promotion wurde ihre Situation nicht erheblich besser. Anna hatte noch Glück: Sie gehört zu der Gruppe, die sich in der starken Konkurrenz um Stellen durchsetzen konnte.

Sie klagt aber darüber, dass Forschungsprojekte durch die große Anzahl an befristeten Stellen qualitativ schlechter werden. Keiner weiß, wie lange Finanzierungen stehen und vor allem, wie es danach weiter geht. Von Familienplanung ganz zu schweigen. Sie klagt darüber, dass die Politik zu träge agiert: auf der einen Seite Mobilität fordern, auf der anderen Seite den Nachwuchswissenschaftler_innen keine Perspektive geben. So

funktioniert es nicht.

Die Landespolitik hat eine glasklare Verantwortung, sich gegen prekäre Beschäftigung einzusetzen, auch in der Wissenschaft. Prekäre Beschäftigungsverhältnisse haben an unseren Hochschulen drastisch zugenommen, während sich zeitgleich in anderen europäischen Ländern die Arbeitsbedingungen verbessern.

Es geht nicht darum, dass Wissenschaftler_innen wie Anna Südkamp die Beamtenprofessur vor die Füße geschmissen bekommen wollen. Es geht aber darum, klugen jungen Menschen eine berufliche Perspektive aufzuzeigen.

Unsere Hochschulen stehen nicht nur im Wettbewerb mit anderen Hochschulen in anderen Staaten oder Bundesländern. Wer in die Forschung gehen will, geht nicht mehr an die Hochschulen. Wer kann, geht an außeruniversitäre Forschungseinrichtungen und in die Privatwirtschaft. Unsere Hochschulen verlieren so ihre besten und dringend benötigten Köpfe. Wir müssen uns für mehr unbefristete Beschäftigungsverhältnisse und familienfreundlichere Hochschulen einsetzen.

Herr Minister de Jager,

Sie reden immer gern über die Exzellenzinitiative. Es ist sogar, wenn ich das richtig verstanden habe, ein einsamer Schwerpunkt in Ihrer Wissenschaftspolitik. Die Exzellenzinitiative und die berufliche Perspektive für Wissenschaftler_innen sind zwei Seiten einer Medaille. Falls die Exzellenzinitiative eine Chance haben soll, nachhaltig zu wirken, müssen die Arbeitsbedingungen für Wissenschaftler_innen verbessert werden. Ansonsten wird keine Exzellenzinitiative dieser Welt dafür sorgen, dass unsere Hochschulen in der Wissenschaft zu anderen Hochschulen weiter aufschließen.

Ich möchte gerne noch etwas zur Situation von Drittmittelprojekten sagen: Wir müssen hier gemeinsam mit den Hochschulen darüber reden, wie wir Flexibilität erreichen können. Es reicht nicht aus, analog zur Drittmittelquote die Anzahl an befristeten Beschäftigten an den Hochschulen zu steigern. Hier muss auch im Bereich des Personalmanagements eine Menge passieren.

Wir möchten beantragen, dass der Antrag der Links-Fraktion in den Bildungsausschuss überwiesen wird. Wissenschaft als Beruf ist ein zentrales Zukunftsthema für unser Land. Die Linksfraktion hat in ihrem Antrag viele Aspekte, die wir unterstützen. Gleichzeitig glauben wir, dass der Antrag noch konkretisiert werden muss. Nur GEW-Positionen abzuschreiben, reicht nicht. Ich appelliere an die Koalitionsfraktionen, im Ausschuss für eine Anhörung zu stimmen. Wir müssen zeigen, dass wir die Probleme der Wissenschaftscommunity ernstnehmen. Wir Grüne tun es auf alle Fälle.
